

Als Zaungast bei der ersten Übung im Regierungsbunker

Fallex 66: Spezialauftrag für Bakterien und weitere Anekdoten rund um eine NATO-Probe

Dr. Walter Schmitz

Wer einen Blick hinter die „Kulissen“ des Kalten Krieges werfen will, der geht ins Bunkermuseum zwischen Ahrweiler und Dernau. Jedes Jahr strömen über 75.000 Besucher dorthin. Schon 1959 entschied die Bundesregierung in Bonn, einen atomstärkeren Ausschusssitz für die Verfassungsorgane zu bauen. Parlament und Regierung sollten auch im Falle eines Atomschlages handlungsfähig bleiben. Es war die geheimste Baustelle in Westdeutschland!

Ab 1966 fanden hier regelmäßig NATO-Übungen statt – bis 1989. Vorher „spielte“ man irgendwo in einer Kaserne Atomkrieg; das war natürlich weit von jeder Realität entfernt. Nun wurde geplant, in der Stabsrahmenübung „Fallex 66“ erstmals unter möglichst realen Bedingungen das Funktionieren der Staatsorgane auch im Atomkrieg zu üben.

Tief unter den Weinbergen sollten ein Notparlament und ein Heer von Regierungsmitgliedern, meist Beamte und Soldaten, das Weiterregieren im Ernstfall erproben. Das Landratsamt Ahrweiler, in dessen „Hoheitsgebiet“ sich alles abspielte, war nur Zaungast bei diesen Ereignissen von vermeintlich historischer Bedeutung, die vom Bundesministerium des Innern gemanagt wurden. (Der Bundesinnenminister fungierte als Bundeskanzler ÜB = Übungshalber). Ich war zu dieser Zeit vom Ministerium ans Landratsamt Ahrweiler abgeordnet worden, um an der Verwaltungsfrente Erfahrung zu sammeln (diese Vorschrift der Bundeslaufbahnverordnung wurde damals noch ernst genommen). Landrat Heinz Korbach übertrug mir die Zuständigkeit für den Fall, dass auf unserer kommunalen Ebene Ver-

waltungshandeln gefragt werden würde. Ich stammte immerhin aus dem Hause des Bundeskanzlers ÜB.

NATO-Übung ohne funktionsfähige Kläranlage?

Da alles streng geheim war, ergaben sich fast keine Schnittpunkte zwischen Bund und Landkreis – bis mir einige Wochen vor Beginn der ersten großen Bunkerübung ein in Sachen Abwasserklärung kundiger Beamter die Akte „Bunkerkläranlage“ präsentierte. Ich hatte von dieser Technik nicht die geringste Ahnung. Also klärte er mich über das „Belebtschlammverfahren“ auf. (Die Anlage lag notwendigerweise außerhalb der Bunkeranlage und war daher nicht geheim.) Im Klartext: Das Unschädlichmachen von regierungsamtlichen Fäkalien sollte von Bakterien besorgt werden, ehe die



Hinter den Kulissen des Kalten Krieges: Schrank mit taktischen Zeichen für die Darstellung der militärischen Lage

„Restflüssigkeit“ ohne Gefahr und Schaden für die Umwelt in die Ahr entlassen werden konnte. Die nützlichen und absolut notwendigen Bakterien waren jedoch noch nicht in ausreichender Menge vorhanden, um die bei Übungsbeginn plötzlich auf sie einstürmenden Massen bewältigen zu können. Sie mussten also sukzessive angefütert werden, damit sie sich auf die notwendige Mannschaftsstärke vermehren konnten.

Solch niedere Bedürfnisse hatte die wichtige Abteilung Zivile Verteidigung im Bundesinnenministerium nicht berücksichtigt. (Immerhin war damals noch der Umweltschutz im BMI angesiedelt, bevor er in den Rang eines eigenen Ministeriums erhoben wurde.) Jetzt war guter Rat teuer. Wir brauchten Futter zur Vermehrung der Bakterien, um unser Hoheitsgewässer Ahr während der Übung in ökologisch einwandfreiem Zustand zu erhalten.

Es gehörte wohl zu den ganz seltenen Fällen in der Verwaltungshierarchie, dass eine Landkreisverwaltung einem Bundesministerium auf die Sprünge helfen musste. Natürlich war es mir ein Vergnügen, die Abteilung Zivile Verteidigung im Hause des Bundeskanzler Üb darauf hinzuweisen, dass das Anfahren der

Kläranlage nicht genehmigt werden könne – es sei denn, das „Belebtschlammverfahren“ verfüge über ausreichend Bakterien, die allerdings zunächst aus dem Innern des Bunkers angefütert werden müssten. (Die zwischen Landratsamt und Ministerium geführten Telefongespräche waren büttenredenreif – der Zaungast war plötzlich „kriegsentscheidend“ geworden). Kurzum, es wurde eine gehörige Zahl von Beamten des Bundesgrenzschutzes abkommandiert, um die notwendige Vorarbeit zur Vermehrung der Bakterien zu leisten. So konnte die NATO-Stabsrahmenübung termingerecht stattfinden.

Eisgekühlter Spätburgunder zur Lagebesprechung

Der unmittelbare Übungsbeginn bescherte mir eine ehrenvolle, protokollarische Aufgabe. Zu den „unter Tage“ einrückenden Regierungsmitgliedern zählte auch der Innenminister des Landes Rheinland-Pfalz, August Wolter. Ein in offizieller Mission anreisender Minister wurde üblicherweise an der Kreisgrenze willkommen geheißen. Ich durfte diesen Part übernehmen und begab mich mit Gendarmeriehauptkommissar Franken zum vereinbarten Treffpunkt.



Nordeuropa in der Übersicht: Karten im militärischen Lagezentrum

(Die Bezeichnung Gendarmerie war ein Relikt aus der Zeit, als Rheinland-Pfalz zur französischen Besatzungszone gehörte.) Unser grünweißer Käfer mit Blaulichtbirne auf dem Dach war nicht zu übersehen.

Weisungsgemäß stieg ich in den Wagen des Ministers um und der Polizei-Käfer fuhr voraus. Der Minister zeigte großes Interesse an unserem schönen Ahrkreis und ich gab gerne Auskunft, besonders über die Entwicklung der Weinwirtschaft. Unser Gespräch kristallisierte sich schließlich auf den Spätburgunder, für den der Minister vor Ort werben wollte – bei der abschließenden Lagebesprechung im Bunker. Hoherfreut nahm er zur Kenntnis, dass der vorausfahrende Käfer deshalb so tief in den Federn lag, weil er eine gehörige Anzahl von Kisten mit dem hervorragenden Marienthaler Trozenberg geladen hatte. Auf einen Wink von Landrat Korbach hin hatte ich im voraus-eilenden Gehorsam diesen Wein, gewachsen auf dem Dach des streng geheimen Parlaments- und Regierungssitzes, bunkern lassen. Vor dem Bunkereingang musste ich aussteigen, während Ministerwagen und Polizeiauto hinter dem Schleusentor verschwanden. Nach kurzer Zeit erschien der Polizei-Käfer wieder, sichtlich erleichtert – er lag nicht mehr so tief in den Federn.

Als die Übung vorüber war, empfing ich den Minister wieder im Tageslicht und begleitete ihn zur Kreisgrenze. Er wirkte missmutig; die von ihm zelebrierte Aktion mit unserem wunderbaren Marienthaler Trozenberg war gründlich schief gelaufen. Das Prosit auf den „gewonnenen Krieg“ (entsprechend dem Drehbuch für die Übung) wurde von ihm angekündigt, er pries die Vorzüge des Spätburgunders von der Ahr und stellte den Bezug zur Weinlage mit einem Blick zur Bunkerdecke her. Dann fragte er die Ordnonanz – die von Marinesoldaten gestellt wurde – ob die Weine bereit seien. Antwort: „Jawoll, Herr Minister, sie liegen seit ihrer Ankunft im Eisschrank!“ (Da sich dieser Vorgang im streng geheimen Bunkerinnern abgespielt hatte, kann ich natürlich nur das preisgeben, was der Minister mir anvertraute.) Mit Recht war er empört: Ein eisgekühlter Spätburgunder, außerdem erst kurz vor dem Kredenzen

entkorkt, ist verschlossen wie eine Auster und kann sein wundervolles Bukett nicht entfalten. Die beabsichtigte Weinwerbung konnte man vergessen.

Ein Nachtrag zur Geheimhaltung

Im folgenden Jahr musste ich meinen Dienst im Bundesinnenministerium antreten und wurde prompt in der Abteilung Zivile Verteidigung eingesetzt. Als „Bunkerexperte“ hatte ich bald eine Bunkerakte zu bearbeiten. Es ging um das Thema Geheimhaltung. Zum Betreten des Bunkers benötigten alle beim Bau Beschäftigten Dienstausweise. Die Staatsanwaltschaft ermittelte nun wegen Geheimnisverrats, weil der Umgang mit den Ausweisen mehr als flexibel gehandhabt wurde. Ich musste dazu ein Gutachten erstellen.

Meine Kenntnisse waren gefragt und die sorgten für entsetztes Erstaunen. Nach Schichtende plagte auch die Bauarbeiter der Durst und man traf sich in den einschlägigen Kneipen. Was unter Tage geschah, war natürlich streng geheim – man redete aber darüber unter Kollegen und jeder im Lokal konnte mithören. Mit den Ausweisen ging man locker um; man überließ einem Kumpel, der seinen Ausweis gerade nicht fand, seinen eigenen, wenn man am nächsten Tag Freischicht hatte. Die Zahl der „Arbeiter unter dem Weinberg“ war groß und die Fluktuation nicht gering. Auch die Übersicht über die Zuordnung der Ausweise wurde – vorsichtig ausgedrückt – nicht präzise gehandhabt. Ich kam zu dem Ergebnis: Vieles wurde an der Theke diskutiert und jeder konnte mithören; die Weitergabe der Ausweise war kein Einzelfall sondern fast zur Gewohnheit geworden. Was insoweit „verraten“ worden war, ließ sich nicht mehr als „geheim“ bezeichnen. Das Verfahren verlief im Sande.

Eine späte Bestätigung meiner Annahme, dass keine „Geheimnisse“ beim Ausweistausch verraten wurden, lieferte „Mischa“ Wolf, der ehemalige Chef der Hauptverwaltung Aufklärung und des Auslandsgeheimdienstes im Staatsministerium der DDR: Sowohl die DDR als auch die Sowjets seien von Anfang an über alles informiert gewesen, erklärte er nach der Wende.